

„Brauchen Lösungen“

Aufreger Registrierkassen | Wirtschaftskammerpräsidentin verhandelt mit Finanzminister praktikable Lösungen für die einzelnen Branchen. ÖVP formuliert scharfen Antrag für Landtag.

Von Martin Gebhart

Als NÖ Wirtschaftskammerpräsidentin bekommt Sonja Zwazl den Ärger der Unternehmer über die Registrierkassenpflicht fast tagtäglich zu spüren. In Bezirksversammlungen, bei persönlichen Begegnungen. Ihr Zugang: „Ich habe mir die Registrierkassenpflicht nicht gewünscht, ich war dagegen. Aber wir werden sie haben. Deswegen ist es jetzt unsere Aufgabe, praktikable Lösungen für die Unternehmer zu erreichen.“

Ihr direkter Ansprechpartner ist dabei in erster Linie ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling, mit dem sie zuletzt vergangenen Donnerstag im Schwaighof in St. Pölten einen Gesprächstermin hatte. Der zeigt sich bereit, dass sein Ministerium alle Probleme aufgreift. Schelling: „Wir haben die Anfragen der Wirtschaft Punkt für Punkt abgearbeitet und alle offenen Fragen beantwortet.“ Und auch viele Ausnahmen für die einzelnen Branchen verankert. Das reicht von fahrenden Bäckern bis hin zur Fleischhauerwaage oder die Kassen der Autodrombetreiber. Zwazl: „Es muss praktikabel sein.“



Arbeiten an praktikablen Lösungen: ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling beim Treffen mit NÖ Wirtschaftskammerpräsidentin Sonja Zwazl zum Aufreger-Thema „Registrierkasse“ in St. Pölten.

Foto: Kraus

Das wichtigste Verhandlungsergebnis: Es gibt einen Erlass, dass im ersten Quartal 2016 nicht gestraft, sondern vielmehr beraten wird. Im zweiten Quartal gibt es ebenfalls keine Strafe, wenn begründet werden kann, warum ein Unternehmer noch keine Registrierkasse verwendet. Zwazl: „Damit ist viel Druck heraußen.“ Froh ist sie auch, dass Unternehmen nicht mit dem Finanzamt verbunden sein müssen. Was Schelling ausräumt: „Eine Online-Verbindung zum Bundesrechenzentrum kann

man machen, muss man aber nicht.“ Zwazl: „Es geht auch darum, dass der Generalverdacht fällt, kleine Unternehmer wären die Steuerbetrüger.“ Schelling dazu: Es wäre nie um so einen Generalverdacht gegangen.

NÖ Wirtschaftskammer und Finanzministerium gehen das Thema „Registrierkasse“ nun offensiv an. Mit Erläuterungen auf der Homepage des Ministeriums, mit einer Roadshow über Arten der Registrierkasse, wobei auch eine Handy-App-Lösung möglich sein wird, und mit Be-

zirksversammlungen. Zwazl: „Wenn dort neue Fragen auftauchen, werden wir auch diese sofort weiterleiten.“ Für die Anschaffung einer Kasse gibt es übrigens eine 200-Euro-Prämie sowie Abschreibungsmodelle.

Der ÖVP-Antrag im Landtag wird nicht so amikal formuliert sein. Da wird gefordert, dass erst ab einem Jahresumsatz von 30.000 Euro Registrierkassen nötig sind. Derzeit ist die Grenze 15.000 Euro. Und dass die Pflicht ausgesetzt wird, solange es noch Unsicherheiten gibt.

UNTERM STRICH

m.gebhart@noen.at



Martin Gebhart
über die Lage im
Erstaufnahmezentrum
in Traiskirchen.

Ein Stück Normalität

Die Flüchtlingsströme halten die Politik weiter auf Trab. Derzeit vor allem in der Steiermark. Eine Entspannung ist lange noch nicht in Sicht. Dennoch muss man auch jene Punkte auflisten, wo brauchbare Lösungen geschaffen wurden. Dazu zählt das Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen, das mittlerweile aus den Schlagzeilen gerutscht ist.

Speziell im Sommer war es mit über 4.000 Flüchtlingen, die teilweise im Freien übernachten mussten, das Beispiel für das Scheitern der österreichischen Flüchtlingspolitik. Mit einer Aufnahmeperrre, mit der neuen Führung durch Kilian Kleinschmidt, mit vielen neuen Quartieren in den Bundesländern, konnte aber erreicht werden, dass dort eine gewisse Normalität mit rund 1.800 Flüchtlingen wieder eingekehrt ist. Nicht der Idealzustand, denn der müsste gemäß Vertrag bei 480 Asylwerbern liegen. Aber immerhin herrscht jetzt eine Situation vor, dass niemand mehr in Zelten leben muss.

Was ausgeblieben ist, obwohl es in Wien immer wieder prophezeit worden war: Obwohl das Erstaufnahmezentrum um fast 2.000 Asyl-

werber weniger hat, erfüllt Niederösterreich dennoch die Aufnahmequote. Mit über 100 Prozent, wie die Zahlen vom vergangenen Freitag bestätigten. Dabei hatten selbst im Innenministerium Beamte immer wieder damit spekuliert, dass in Niederösterreich nur wegen Traiskirchen das Durchgriffsrecht bei der Unterbringung von Asylwerbern nicht angewendet werden kann.

Möglich ist das, weil in der Asylpolitik die gesamte Landesregierung an einem Strick zieht. Spätsommerliche Differenzen, die kurzfristig aufgetaucht waren, wurden per Telefon rasch wieder ausgeräumt. Und in vielen Gemeinden hat ein ehrenamtliches Netzwerk dafür gesorgt, dass der Wirbel wegen der Aufnahme von Flüchtlingen ausgeblieben ist.